

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 359/2004

Sitzung vom 15. Dezember 2004

1905. Anfrage (Jugend und Europa)

Kantonsrat Dr. Ueli Annen, Illnau-Effretikon, und Kantonsrätin Dr. Anna Maria Riedi, Zürich, haben am 27. September 2004 folgende Anfrage eingereicht:

Unter dem Titel «Interessenwahrung des Kantons Zürich» führt der Regierungsrat in seinen Legislaturzielen 2003–2007 an: «Europäische und weitere Integration vorausschauend angehen». Eine solche vorausschauende Strategie schliesst zweifellos mit ein, dass sich die jungen Leute in unserem Kanton der Veränderungen bewusst werden, die sich in Europa heute abspielen. Unserer Meinung nach hat die Schule ihren Teil dazu beizusteuern.

Wir fragen den Regierungsrat deshalb an:

1. Hält der Regierungsrat den Informationsstand der jungen Menschen in unserem Kanton über die Veränderungen in Europa und über die neuen Möglichkeiten für junge Menschen, welche sich im Zuge des Personenfreizügigkeitsabkommen der Bilateralen ergeben haben, für ausreichend?
2. Gibt es Aufträge oder Anweisungen an die Lehrerschaft Sekundarstufe I und II, das Thema «Neuere Entwicklungen in Europa» aufzugreifen und in den Unterricht einzuspeisen?
3. Gibt es irgendwelche Ausbildungsmodule an der PHZH und in der Weiterbildung, welche die Lehrkräfte in dieser Beziehung unterstützen?
4. Wie ist die Beteiligung von Zürcher Schulen an den Bildungsprogrammen der Europäischen Union, an denen sie als assoziierte Partner partizipieren können?
5. Wie steht es mit der Nutzung der Erasmus-Programme durch die Studierenden der Hochschulen?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Dr. Ueli Annen, Illnau-Effretikon, und Dr. Anna Maria Riedi, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Informationsstand von jungen Menschen im Kanton Zürich über die Veränderungen in Europa und über ihre neuen Möglichkeiten, die sich im Zuge des Personenfreizügigkeitsabkommen der Bilateralen

Verträge ergeben haben, kann nicht verlässlich abgeschätzt werden. Aus den nachfolgenden Hinweisen lassen sich aber zumindest einige Rückschlüsse ziehen.

Auf der Tertiärstufe werden die Studierendenaustauschprogramme der Europäischen Union rege genutzt (vgl. Antwort zu Frage 5). Es kann daher davon ausgegangen werden, dass der Informationsstand diesbezüglich ausreichend ist.

Im Rahmen einer Untersuchung an den Zürcher Mittelschulen zur Erfassung von überfachlichen Kompetenzen wurden u. a. Informationen über die politischen Kompetenzen der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten erhoben: das politisch-ökonomische Wissen der Jugendlichen, das politische Interesse, die Distanz zu Politik und der Zeitaufwand zur Informationsgewinnung über politische Themen. Befragt wurden jeweils gymnasiale Abschlussklassen in den Jahren 2001 und 2004. Durchgehend zeigt sich, dass die Jugendlichen in den letzten Jahren am Gymnasium politisch kompetenter geworden sind. So können Schulabgängerinnen und -abgänger des Schuljahres 2003/2004 im Durchschnitt mehr Wissensfragen richtig beantworten als der entsprechende Jahrgang im 2001. Das Interesse an Politik ist in den letzten drei Schuljahren im Gymnasium gestiegen. Insgesamt ist dieses Interesse aber nach wie vor nicht sehr ausgeprägt. 52% geben an, sich einzig «ein bisschen» für Politik zu interessieren. Allerdings sind fast alle der Meinung (93%), dass Politik wichtig sei. Mittelschülerinnen und Mittelschüler des Abschlussjahres informieren sich im Durchschnitt etwa fünf bis fünfzehn Minuten täglich über Politik. 30% setzen für die politische Informationsgewinnung weniger als 5 Minuten täglich ein, 10% hingegen 30 Minuten oder mehr. Die Umfrage bezog sich nicht direkt auf die Veränderungen in Europa, es liegt aber nahe, dass diese Veränderungen im Rahmen der Informationsgewinnung auch wahrgenommen werden.

Der Informationsstand der Gesamtbevölkerung ist, entsprechend einer Europa-Barometer-Umfrage des Instituts gfs-Bern, immerhin so, dass 85% der Befragten sich erinnern konnten, in jüngster Zeit etwas über die neuen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU zu den bilateralen Verhandlungen bemerkt zu haben. Diese Aussage ist repräsentativ für die gesamte Schweizer Bevölkerung. Sie lässt aber keine wissenschaftlich gültigen Schlüsse auf Jugendliche im Kanton Zürich zu.

Im Kanton Zürich ist die Europa-Fachstelle der Volkswirtschaftsdirektion für amtliche Informationen im Zusammenhang mit den Veränderungen im Verhältnis Schweiz-Europa zuständig. Die unter dem Titel «Europabrevier» auch auf dem Internet publizierte Broschüre enthält Informationen zu den Bilateralen Verträgen und deren Ausweitung

auf die neuen Mitgliedstaaten der EU. Das «Europabrevier» richtet sich indessen in erster Linie an Unternehmen. Es wird nur vereinzelt und auf Anfrage für Unterrichtszwecke zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen seines vom Bundesrat erteilten Informationsauftrages veröffentlicht das Integrationsbüro EDA/EVD verschiedene Publikationen über die Europapolitik der Schweiz und die Entwicklung der Europäischen Union. Eine Webseite mit umfassendem Informationsmaterial steht zur Verfügung. Es ist nicht bekannt, wie häufig diese Informationsquellen von Jugendlichen aus dem Kanton Zürich in Anspruch genommen werden. Bei den verschiedenen Studienführern, die sich ebenfalls auf der Webseite befinden, kann davon ausgegangen werden, dass sie die Zielgruppe der Hochschulabsolvierenden erreichen – dies legen die Nutzungszahlen der europäischen Bildungsprogramme durch Schweizer Studierende nahe. Weitere gezielt für Jugendliche aufbereitete Informationen bestehen zurzeit nicht. Eine Mappe zu den Beziehungen Schweiz-EU für Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren – mit zusätzlichen Unterlagen für Lehrpersonen – ist in Vorbereitung und soll im Jahr 2005 erscheinen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass zahlreiche allgemeine Informationsmedien zum Thema vorhanden sind. Diese sind aber in der Regel nicht gezielt auf Jugendliche ausgerichtet. Ferner können keine gesicherten Aussagen darüber gemacht werden, wie und ob die Informationen den Weg zu den Jugendlichen finden.

Zu Frage 2:

Im Lehrplan des Kantons Zürich für die Volksschule wird das Thema Europa im Unterrichtsbereich «Mensch und Umwelt» und dort im Kapitel Lebenskunde und Realien behandelt. Als Ziel wird formuliert, dass Schülerinnen und Schüler «Verflechtungen zwischen Heimat und Welt erkennen» und dass sie «auf die gegenseitigen Abhängigkeiten der Staaten der Erde aufmerksam gemacht werden». Der Weg zur Zielerreichung geht über Inhalte wie «Verflechtung der Schweiz mit dem Ausland», «Europäische Zusammenschlüsse» und «Europa und die Dritte Welt». Es gibt zwei obligatorische Lehrmittel, die das Thema «Neuere Entwicklungen in Europa» behandeln: Das im Geschichtsunterricht verwendete Lehrmittel «Durch Geschichte zur Gegenwart» (überarbeitete Ausgabe, 2003) – hier wird die Entwicklung bis zu den Bilateralen I berücksichtigt – und das im Geografieunterricht verwendete Lehrmittel «Europa» (2004), welches die Bilateralen Verträge nicht behandelt. Eingesetzt wird auch die Heftreihe «Zur Zeit» des Berner Lehrmittelverlags. In dieser Reihe zur politischen Bildung an der Volksschuloberstufe ist auf Mitte 2005 ein Heft geplant, das sich dem Thema Europa widmet.

Die Rahmenlehrpläne der Sekundarstufe II (Berufsschulen, Berufsmittelschulen und Mittelschulen) setzen als allgemeines Bildungsziel, dass Schülerinnen und Schüler ihr berufliches, soziales und kulturelles Umfeld aktiv zu bestehen vermögen und sich in ihrer natürlichen, technischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umwelt zurechtfinden, sowohl in Bezug auf die Gegenwart als auch auf die Vergangenheit, auf schweizerischer und internationaler Ebene. Insofern gehört das Thema Europa und die Veränderungen in Europa als Bestandteil dieses Gegenwartsbezuges zur allgemeinen Bildung der ganzen Sekundarstufe II. Auch Lehrpläne der einschlägigen Fächer, wie z. B. Geschichte, Staatskunde, Wirtschaft, greifen das Thema – wenn auch nicht ausdrücklich, so doch in Ableitung der allgemein formulierten Stoffziele – grundsätzlich auf.

Zu Frage 3:

In der Diplombildung zu Lehrpersonen für die Sekundarstufe I ist die Europäische Union im Modul «Zeitfragen in Geschichte und Geografie» ein Schwerpunktthema. Dieses Modul ist für alle Studierenden obligatorisch. Studierende, die Geschichte in ihrem Fächerprofil wählen, werden im Modul «Politische Bildung in Zusammenhänge um internationale Beziehungen und den europäischen Integrationsprozess eingeführt. In der Didaktik der Geschichte werden die Studierenden darauf hingewiesen, dass aktuelle Zeitfragen einzubeziehen sind.

Das Kursprogramm der Zürcher Arbeitsgemeinschaft für die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer (ZAL) und dasjenige der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) enthält derzeit kein Kursangebot zum Thema Europa im Unterrichtsbereich Mensch und Umwelt. Eine entsprechende Ausschreibung vor drei Jahren kam mangels Anmeldungen nicht zustande.

Im Unterschied dazu finden im Bereich der Ausbildung von Schulleiterinnen und Schulleitern europabezogene Aktivitäten statt. Zu nennen ist hier das Comenius-Projekt PROFILE (Professional Investigation and Learning for Headmasters). Die Zusammenarbeit mit Universitäten in Deutschland, Österreich, Tschechien und Portugal zielt auf den Austausch von Ausbildungsmodulen und die Entwicklung eines gemeinsamen Handbuchs. Die Beteiligung der PHZH wird finanziert durch die EU-Kredite des Bundesamts für Bildung und Wissenschaft. In Modulen der Schulleitungsbildung werden kontinuierlich Gastdozierende aus verschiedenen Ländern eingesetzt. Ein spezifisches Modul gibt zudem einen Überblick über Schulentwicklungstendenzen in Europa ebenfalls unter Einsatz ausländischer Gastdozentinnen und -dozenten.

Zu Frage 4:

Im Berufsbildungsbereich gibt es länderübergreifende Aktivitäten, z. B. der Austausch von Lernenden über die Landesgrenzen hinweg (Lehrstellenaustausch). Der Kanton Zürich arbeitet in der Bodensee-Konferenz mit, die solche Angebote macht. Im Rahmen der Fremdsprachenausbildung – insbesondere in der Berufsmittelschule und bei den kaufmännischen Berufen – werden Kurzsprachaufenthalte im französischen und englischen Sprachgebiet ermöglicht.

Die Beteiligung von Zürcher Mittelschulen an den Bildungsprogrammen der Europäischen Union ist eher gering (vgl. Jahresbericht 2002 «Die Schweiz und die Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme der EU»).

Zu Frage 5:

Die PHZH beteiligt sich erstmals im laufenden akademischen Jahr 2004/2005 am Sokrates/Erasmus-Programm. Für das erste Jahr wurden neun Kooperationsverträge mit Hochschulen in sieben Ländern abgeschlossen (Schweden, Dänemark, Finnland, Frankreich, Litauen, Ungarn und Deutschland). Mit diesen Hochschulen pflegt die PHZH derzeit Austauschprojekte. Die Studierenden der PHZH machen von der Möglichkeit eines Austauschsemesters im Rahmen des Sokrates/Erasmus-Programmes Gebrauch: Im ersten Jahr nutzen zwölf Studierende dieses Angebot. Zudem studieren im laufenden Wintersemester drei Studierende aus dem Ausland an der PHZH. Darüber hinaus gibt es erste Austauschprojekte im Bereich der Dozierendenmobilität, die ebenfalls Teil des Sokrates/Erasmus-Programms ist. – Für das akademische Jahr 2005/2006 gewann die PHZH zahlreiche weitere neue Partnerhochschulen (aus Spanien, Frankreich, England, Norwegen, Schweden, Österreich, Deutschland und der Tschechischen Republik) hinzu.

Das Studierendenaustauschprogramm Erasmus wird von den Studierenden der Zürcher Fachhochschule (ZFH) in zunehmendem Masse benutzt. Alle grösseren Teilschulen der ZFH unterhalten zu diesem Zweck Mobilitätsstellen. Die Anzahl Beteiligter am Austauschprogramm ist seit dem Studienjahr 2001/02 (116 Studierende) im Studienjahr 2004/05 auf über 270 Studierende angestiegen. Dabei stehen den rund 150 Ausreisewilligen etwa 120 Gaststudierende in der Schweiz gegenüber.

Auch an der Universität Zürich wird das Erasmus-Programm häufig genutzt. Die Universität unterzeichnete im Rahmen des Sokrates/Erasmus-Programmes 343 Fachabkommen mit 170 europäischen Universitäten. Im laufenden akademischen Jahr 2004/2005 studieren 300 Studierende aus Zürich im Rahmen des Erasmus-Programmes an einer europäischen Partneruniversität. Das sind ungefähr 1,5% aller an der Uni-

versität immatrikulierten Studierenden. Die Zuwachsraten der am Erasmus-Programm teilnehmenden Studierenden betragen seit 2000 jährlich rund 15–20%.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi